

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1912

4.7.1912 (No. 180)



Karlsruher Zeitung

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

№ 180

Donnerstag, den 4. Juli 1912

155. Jahrgang

Expedition:
Karl Friedrich-Str. 14 (Kreuzschneiderei Nr. 154), wofür auch Anzeigen in Empfang genommen werden.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M 50 P.
durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 65 P.
Einkaufsgebühr: die 6 mal gespaltene Zeitzeile oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 21. Juni 1912 gnädigt bewogen gefunden, dem vortragenden Rat im königlich preussischen Landwirtschaftsministerium Geheimen Regierungsrat Heremann das Ritterkreuz erster Klasse mit Eichenlaub höchstehres Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigt bewogen gefunden, dem Syndikus des Verbandes Südwestdeutscher Industrieller Dr. Paul Mied in Mannheim die untertänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm verliehenen Ritterkreuzes des königlich italienischen St. Mauritius- und Lazarusordens zu erteilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich mit höchster Entschliebung vom 20. Juni 1912 gnädigt bewogen gefunden, den von der Kirchengemeinde Schönau bei Heidelberg gewählten Pfarrverwalter Pfarrer Wilhelm Adermann in Schönau zum Pfarrer daselbst zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 22. Juni 1912 gnädigt geruht, dem Oberförster Emil Freyler in Engen das Forstamt Vörsach zu übertragen und den Forstamtmann Eduard Keller in Waldfrick zum Oberförster in Engen und den Forstassessor Gustav Hambrecht von Sindolsheim zum Forstamtmann zu ernennen.

Das Großh. Ministerium der Finanzen hat unterm 28. Juni 1912 den Forstamtmann Gustav Hambrecht dem Forstamt Gengenbach zugeteilt.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich mit höchster Entschliebung vom 20. Juni 1912 gnädigt bewogen gefunden, den Pfarrer Friedrich Scherr in Weinheim auf sein untertänigstes Ansuchen wegen leidender Gesundheit unter Anerkennung seiner langjährigen treugeleisteten Dienste auf 1. Oktober d. J. in den Ruhestand zu versetzen.

Die von seiten der Fürstlich Leiningischen Landes- und Patronats Herrschaft erfolgte Ernennung des Stadtbildhauers Friedrich Rath in Gernsbach auf die erledigte evang. Pfarrei Nüßchen ist unter dem 25. Juni 1912 kirchenordnungsrechtlich bestätigt worden.

Mit Entschliebung des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses, der Justiz und des Auswärtigen vom 24. Juni 1912 wurde dem Ober-Postassistenten Konrad Schmitt in Heidelberg der Titel Postsekretär verliehen.

Das Ministerium des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen hat unterm 30. März 1912 den Justizaktuar Friedrich Förder bei der Staatsanwaltschaft Karlsruhe, Amtsitz Pforzheim, zum Notariat Bomdorf und den Justizaktuar Karl Vernauer beim Notariat Bomdorf zur Staatsanwaltschaft Karlsruhe, Amtsitz Pforzheim,

unterm 7. Mai 1912 den Oberjustizsekretär Karl Eifenträger beim Amtsgericht Durlach zum Amtsgericht Karlsruhe und den Justizsekretär Alois Dohs beim Amtsgericht Engen zum Amtsgericht Durlach,

unterm 10. Mai 1912 den Justizaktuar Albert Fischbach beim Notariat Pfaffenendorf zum Amtsgericht Engen und den Justizsekretär Jakob Scheffner beim Amtsgericht Karlsruhe zum Landgericht Karlsruhe,

unterm 31. Mai 1912 den Justizaktuar Gustav Leib beim Notariat Tiengen zum Landgericht Waldshut, den Justizaktuar Otto Kemmer beim Landgericht Waldshut zum Notariat daselbst und den Justizaktuar Albert Bink beim Notariat Waldshut zum Notariat Tiengen, sowie

unterm 4. Juni 1912 den Justizsekretär Ferdinand Weichschuh beim Amtsgericht Rastatt zum Amtsgericht Oberkirch verlegt.

Mit Entschliebung des Ministeriums der Finanzen vom 27. Juni 1912 wurde Bahnverwalter Joseph Böhrmer in Zimmendingen nach Ettlingen verlegt.

Mit Entschliebung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 1. Juli 1912 wurde dem Obereisenbahn-

sekretär Philipp Gutmann in Hausach das Stationsamt Neustadt (Schwarzwald) übertragen.

Mit Entschliebung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 1. Juli 1912 wurde dem Obereisenbahnsekretär Martin Müller in Heidelberg das Stationsamt Wilsfendingen übertragen.

Mit Entschliebung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 1. Juli 1912 wurde Obereisenbahnsekretär Philipp Lutwiler in Fahr-Dinglingen nach Luda verlegt.

Nicht-Amtlicher Teil.

* Zur Kaiserzusammenkunft in den Schären.

Neufahrwasser bei Danzig, 2. Juli. Der Kaiser traf hier gegen 2 Uhr von Langfuhr ein und nahm auf der „Hohenzollern“ Wohnung. Um 5 Uhr erschien die Kronprinzessin mit ihren drei ältesten Söhnen zum Tee an Bord der Kaiserjacht. Bald nach 6 Uhr traf der Reichskanzler in Begleitung des Geh. Legationsrats Grafen v. Mirbach-Garff und des Adjutanten Frhrn. v. Sell ein. Vorher war bereits der russische General Latitschschew angelangt. Sämtliche Herren nahmen auf der „Hohenzollern“ Quartier. Gegen 6 Uhr begab sich der Kaiser von der Hohenzollern im Automobil nach der Kronprinzlichen Villa, wo Abendessen stattfand.

Neufahrwasser, 3. Juli. Um 7 Uhr 30 Min. ist die „Hohenzollern“ mit dem Kaiser an Bord, der große Kreuzer „Moltke“ und das Depeschenschiff „Seipner“ in See gegangen nach Baltischport, wo die Ankunft am 4. morgens 10 Uhr vorgezogen ist. Die Strandmolenbatterie gab einen Salut von 33 Schuß ab.

Peterhof, 2. Juli. Der Kaiser und die Kaiserin von Rußland sind mit ihren Kindern auf der Jacht „Standard“ nach Baltisch-Port abgereist.

St. Petersburg, 2. Juli. Der deutsche Botschafter ist in Begleitung des Marineattachés nach Reval abgereist.

Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Berlin: Die „Nowoje Wremja“ berichtet, daß bei dem Bruchmahl auf der Fiede von Baltisch-Port Trinkprüche ausgetauscht werden sollen. Dies ist eine an sich falsche Angabe. Ebenso wie in Potsdam sollen auch in Baltisch-Port keine Reden gehalten werden. Dies würde uns zu einer Nichtigstellung feinen Anlaß bieten, wenn nicht der Verdacht gerechtfertigt wäre, daß die ganze Nachricht, von deren Unrichtigkeit die „Nowoje Wremja“ sich sehr leicht hätte überzeugen können, nur deshalb verbreitet wird, um, wenn sie sich nicht bestätigt, eine Unterlage für die Behauptungen zu haben, die Beipredungen seien so unbefriedigend verlaufen, daß man sich nicht einmal über eine Tischrede habe einigen können. Ein solches Manöver möchten wir unmöglich machen.

* Der Geschenktwurf, den Bau und Betrieb eines Murgwerkes durch den Staat betr.

Aus der Begründung seien heute noch Einzelheiten über die bautechnische Seite des Unternehmens mitgeteilt. Veranlassung, die Ausnützung der Wasserkräfte überhaupt und der Murgwasserkräfte im besonderen eingehend zu studieren und ihre Verwendbarkeit für Zwecke der Staatsverwaltung zu prüfen, gaben die folgenden Erwägungen. Während im 19. Jahrhundert die Dampfkraft in der Hauptsache die Entwicklung von Industrie und Gewerbe beherrschte, haben im letzten Jahrzehnt die Wasserkräfte eine bis dahin nicht geahnte Bedeutung erhalten. Die stammeswerten Fortschritte der Elektrotechnik geben die Möglichkeit, den elektrischen Strom mit einfachen Mitteln und ohne große Verluste auf erhebliche Entfernungen zu übertragen, und schaffen dadurch für die Verwertung von Wasserkräften, die bisher auf Ort und Stelle beschränkt war, neue Abgabegebiete. Hand in Hand mit der Erhöhung der Ausnützungsmöglichkeit der Wasserkräfte gingen die Fort-

schritte im Bau von Wassermotoren, die heute, den Dampfmaschinen an Anpassungsfähigkeit und Betriebssicherheit nicht mehr nachstehen. Als Wassermotoren für größere Anlagen kommen nur Turbinen in Betracht; Wasserräder sind hierfür nicht brauchbar. In den neueren Anlagen sind die den elektrischen Strom erzeugenden Dynamomaschinen (Generatoren) unmittelbar mit den Turbinen gekuppelt; von den Klemmen der Generatoren wird der elektrische Strom nach den Sammelschienen und von dort in die Transformatoren geführt, wo er die für seine Fortleitung geeignete Spannung erhält. Von den Transformatoren geht die Fernleitung aus, die den Strom seinem Verwendungsort zuführt. Die Übertragung der elektrischen Kraft findet weniger in technischen als in wirtschaftlichen Schwierigkeiten ihre Grenze. Die Fernleitungen, namentlich für die Übertragung großer Kräfte mit hohen Spannungen, verursachen bedeutende Kosten, die proportional mit der Länge der Leitung wachsen, und erhöhen hierdurch die Gestehungskosten der Kraft an der Verwendungsstelle. Diese Erhöhung kann so bedeutend sein, daß es billiger ist, die elektrische Kraft an Ort und Stelle durch Wärmekraftmaschinen (Dampfmaschinen, Gas- oder Ölmotoren) zu erzeugen, als sie von einer entfernten Wasserkraftanlage zuzuleiten. Diese wirtschaftliche Grenze der Übertragungsmöglichkeit, die sich natürlich mit den Ausbaukosten der Wasserkraft und den jeweiligen Preisen des Brennmaterials (Kohle, Brennöl) verschiebt, ist oft für die Ausbaumöglichkeit einer Wasserkraft bestimmend. Die Kraftleistung einer Turbinenanlage ist abhängig von der ausnutzbaren Wassermenge und dem Gefälle. Man unterscheidet hiernach 1. Wasserkraftanlagen mit verhältnismäßig großer Wassermenge und kleinem Gefälle (Niederdruckwerke); 2. solche mit verhältnismäßig kleiner Wassermenge und großem Gefälle (Hochdruckwerke). Es ist gelungen, Turbinen für Gefälle bis zu 1000 m zu bauen. Hochdruckwerke finden sich an Gebirgsflüssen und Bächen, Niederdruckwerke an den Flüssen und Strömen der Ebene. Das geplante Murgwerk ist ein Hochdruckwerk.

Angünstig für die Ausnützung der Wasserkräfte ist der Umstand, daß sowohl die ausnutzbare Wassermenge wie der Kraftbedarf erheblichen Schwankungen unterworfen ist. Die Wasserführung der Schwarzwaldflüsse ist sehr unregelmäßig und schwankt innerhalb ziemlich weiter Grenzen; hohe und niedere Wasserstände können zu jeder Jahreszeit auftreten, wenn auch die niederen Wasserstände im allgemeinen in die Sommermonate fallen. Hierin besteht ein Gegensatz zwischen den Mittelgebirgsflüssen, wie den Schwarzwaldflüssen, und den großen, von Gletschern gespeisten Strömen, wie dem Rhein, die fast regelmäßig im Frühjahr und Sommer hohe, im Herbst und Winter niedere Wasserstände zeigen. Gerade dieser Gegensatz weist auf die Zweckmäßigkeit hin, Hochdruckwerke des Schwarzwaldes mit Niederdruckwerken des Rheins in Verbindung zu setzen. Der Kraftbedarf ist am ungleichmäßigsten in den Elektrizitätswerken, die fast ausschließlich Beleuchtungsstrom liefern; er ist gleichmäßiger in den größeren Kraftwerken (Stadtzentralen, Überlandzentralen) die sowohl Strom für Beleuchtung, wie für Industrie, Motorenbetrieb oder Bahnbetrieb abgeben. Der Kraftbedarf der letzteren Werke ist in den Wintermonaten stets größer als in den Sommermonaten; die größeren Schwankungen treten jedoch im Zeitraum eines einzelnen Tages, besonders während der Wintertage auf, wo morgens und abends bedeutende Strommengen für Licht abgegeben werden müssen. Die höchste Belastung des Werkes kann hier bis zum dreifachen Betrag der Durchschnittsbelastung, ja unter Umständen noch über diesen Betrag steigen. Es ist deshalb sehr erwünscht, die dem Kraftwerk zufließende Wassermenge regulieren und dem Bedarf anpassen zu können. Dies ist dadurch möglich, daß man das augenblicklich nicht gebrauchte Wasser in natürlichen oder künstlichen Seen (Staubedden) vorübergehend aufspeichert. Für den Ausgleich der Tageschwankungen genügen verhältnismäßig kleine Bedden (Sammelbedden, Tagesausgleichweier), während für den Ausgleich der Zuflussschwankungen während eines oder mehrerer Jahre im allgemeinen Staubedden von bedeutender Größe erforderlich sind. Für das Murgwerk sind beide Arten von Staubedden vorgesehen, und zwar ein Sammelbedden für den Tagesaus-

(Mit zwei Landtagsbeiträgen.)

gleich des Murgwassers und große Staubecken zum Ausgleich des Zuflusses der Rauminzach und des Schwarzenbaches während mehrerer Jahre.

Was die rechtlichen Verhältnisse betrifft, die für die Benützung der in Frage kommenden Gewässer maßgebend sind, so ist die obere Murg als öffentliches Gewässer zu betrachten. Dagegen sind die Seitenbäche der Murg, die im Bereiche des Kraftwerkes sich befinden, ja zum Teil unmittelbar in die Anlagen einbezogen werden, nämlich die Rauminzach, der Schwarzenbach, der Hundsbach und die Viberach, nicht öffentliche Gewässer. Was die Grundeigentumsverhältnisse der Gegend im allgemeinen betrifft, so sind die Waldgebiete, die überwiegend vorherrschen, Eigentum des Staates, der Gemeinde, der Murgschifferschaft — einer Waldgenossenschaft mit abgesonderter Genossenschaft — und des Heiligenfonds in Forbach. Das wenige Wiesengelände längs der Murg und in der Nähe des Herrenwiefer Sees ist in geteiltem Einzelbesitz, dasjenige in den hochgelegenen Flußtalern der Rauminzach und des Schwarzenbaches Eigentum des Staates.

Die natürlichen Vorbedingungen für den Ausbau der Murgwasserkräfte, sowohl die geologischen, wie die meteorologischen und hydrographischen, sind sehr günstig. Die Staubecken und die Zuleitungstollen können im festen Gestein (Granit) angelegt werden; auch für den Bau der Wasserflößen, der Druckrohrleitungen und des Kraftwerkes finden sich oberhalb Forbach günstige Stellen. Die Einzugsgebiete der ausgenützten Wasserläufe gehören zu den regenreichsten Teilen des Schwarzwaldes. Etwas oberhalb der geplanten Staubecken in der Übergangzone zwischen Buntsandstein und dem darunter liegenden Granit treten zahlreiche Quellen zutage. Seit dem Jahre 1907 haben regelmäßige genaue Messungen der Niederschläge im ganzen Einzugsgebiet sowie der Abflussmengen in der Murg unterhalb der Landesgrenze und in der Rauminzach und dem Schwarzenbach an den Stellen, die für den Bau der Staumauern vorgeesehen sind, stattgefunden.

Die geplante Anlage zerfällt in 2 Teile, nämlich 1. die Kraftzeugungsanlage, 2. die Kraftübertragungsanlage. Was die erstere anbelangt, so wird unterhalb der Landesgrenze die Murg durch ein Wehr gestaut und hierdurch ein kleines Sammelbecken geschaffen, das dazu bestimmt ist, den Tagesausgleich zwischen Wasserzufluß u. Bedarf zu regeln und namentlich das für die Spitzen der Tagesbelastungskurven nötige Wasser in Vorrat zu halten. Das Wasser tritt vom Sammelbecken in ein Klärbecken und von hier in einen Stollen, der das Rauminzachtal unterhalb des Wasserfalles kreuzt und dort das ebenfalls in einer Kläranlage gereinigte Wasser der Rauminzach aufnimmt. Von hier zieht der Stollen nach einem Wasserflößen an der Rindenhöhe oberhalb Forbach, von wo das Wasser in zwei Druckrohren nach dem Kraftwerk in der Oberau geleitet wird. Außerdem wird unterhalb Hundsbach im Rauminzachtal und bei Schäfersgrub im Schwarzenbachtal je eine Talsperre gebaut. Die hierdurch gebildeten Staubecken werden durch einen Stollen untereinander und mit einem zweiten Wasserflößen an der Rindenhöhe, das höher liegt als das oben genannte, verbunden. Von hier führen ebenfalls zwei Druckrohre nach dem Kraftwerk. Es wird hiernach in ein und demselben Werke das Wasser von zwei Druckstufen verarbeitet. Die untere Druckstufe, die im wesentlichen durch das Murgwasser aus dem württembergischen Gebiet gespeist wird, umfaßt das Gefälle der Murg von der Landesgrenze bis zum Kraftwerk, die obere wird durch die Staubecken versorgt und umfaßt das Gefälle von diesem bis zum Kraftwerk.

Deutsches Reich.

* Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“

nimmt in ihrem Rückblick Stellung zur Gewerkschaftsfrage. Sie schreibt:

„In der christlichen Gewerkschaftsfrage ist auf das Gebot des Papstes hin nun doch ziemlich rasch die Stille nach dem Sturm eingetreten. Der Streit hat sich plötzlich beruhigt, und wir könnten diese Angelegenheit, die ja in erster Linie innerkatholischer Natur ist, ebenfalls mit Stillschweigen übergehen, wenn nicht diese Schweigsamkeit selber wenigstens noch einer kurzen Auslegung bedürfte. Und zwar ist dies um so mehr der Fall, als der jetzige vorläufige Ausgang begrifflicherweise von denjenigen, die den Verlauf von ferne betrachteten, eine entgegengekehrte Deutung erfahren und zu Fragen und Zweifeln Veranlassung gegeben hat. Eine endgültige Regelung der Streitfrage zwischen Köln und Berlin ist bisher nicht erfolgt. Weder hat bisher die soziale Kommission der preussischen Bischöfe ihre in Hildesheim in einem Telegramm an einen Gewerkschaftsführer präzipierte Stellungnahme, wie angekündigt, der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, noch der Papst neue Richtlinien über die Gewerkschaftsfrage verkündet. Man könnte also theoretisch wohl sagen: Die Katholiken innerhalb der christlichen Gewerkschaften haben sich lässlich unterworfen, sie haben ihre Sache nicht bis zu Ende durchgefochten, die Berliner Richtung hat gesiegt oder wird siegen, wenn nicht eben doch in der mächtigen Bewegung, die weite katholische Kreise gegen die Einmischungspolitik erfaßt hat, eine gewisse Stütze für die Überzeugung läge, daß der Angriff der Berliner Richtung abgeschlagen ist und auf ein ferneres Vorgehen gegen die christlichen interkonfessionellen Gewerkschaften seitens des päpstlichen Stuhles verzichtet werden dürfte.“

Zu den Auseinandersetzungen im nationalliberalen Lager wird in demselben Rückblick gesagt:

„Ein Strom von Tinte und Druckerwärme — dies das handgreifliche Ergebnis der wortreichen und unabsehbaren Auseinandersetzungen im nationalliberalen Lager. Beide Parteien berühren sich, den echten Ring des alten Parteiprogramms, den Ring ihres großen Parteiführers Demingens zu besitzen. Der Streit wird auf beiden Seiten so leidenschaftlich

geführt, die Gegensätze sind so scharf und scheinbar unüberbrückbar, daß es verständlich erscheint, wenn nicht bloß Gegner, sondern, was diesmal das Neue, auch Freunde und Anhänger der Partei offen die Spaltung der Partei als unabwendbares Fatum in Aussicht stellen. Man denkt dabei an die früheren Sezessionen im liberalen Lager, beantwortet sich aber kaum die Frage, ob die beiden Flügel je das Zeug zu selbständigen Parteien besitzen. Die stille parlamentslose Zeit begünstigt nur zu sehr solche häuslichen Fehden, denen es denn auch nicht an erfreuten wie leidtragenden Dritten fehlt. Sicher erscheint, daß die Aktionskraft der Partei durch dies ebenso leidige wie freilich unvermeidliche Streitewesen, durch diese totale Zerfahrenheit stark, und zwar nicht bloß momentan, sondern für geraume Zeit herabgesetzt erscheint. Zurzeit nun ist der Kampf zwischen beiden Gruppen in vollem Gange. Es handelt sich dabei zwar in erster Linie um programmatische Fragen der Stellung zur Monarchie bezw. zum Verfassungsstaat und zur Sozialdemokratie, aber auch um formale Rechte, wie z. B. die Vereinbarkeit der altnationalliberalen Sondergründung mit den Beschlüssen des letzten Parteitages vom 12. Mai oder die Berechtigung der Vorstehenden der Landesorganisationen, als solche den Warnungsruf vor dem altnationalliberalen Verband zu unterzeichnen. Ein Ende ist um so weniger abzusehen, als bei weiterer Fortdauer der Streit sich tief in die Landesorganisationen selber hineinzubohren droht.“

Die „Badische Landeszeitung“ nimmt in ihrer gestrigen Ausgabe zu diesen Ausführungen Stellung und verwahrt sich insbesondere dagegen, daß es sich bei dem Kampf zwischen den beiden Gruppen „in erster Linie um programmatische Fragen der Stellung zur Monarchie“ handle, sowie gegen die etwaige Annahme, als habe nicht das nationalliberale Verhältnis zur Monarchie jederzeit außerhalb aller Diskussion, also auch außerhalb der jetzigen Auseinandersetzungen gestanden.

* Zentrum und Nationalliberale.

Ein namhafter Zentrumsführer, der Oberlandesgerichtsrat Marx hat auf einer Zentrumsversammlung zu Mühlheim am Rhein am Samstagabend u. a. folgende Ausführungen gemacht:

„Bei den Reichstagswahlen habe es sich hauptsächlich um Fragen finanzieller und wirtschaftlicher Art gehandelt, bei denen leicht „Zertümer und Mißverständnisse“ entstehen könnten. Die Wahlen seien, namentlich von den Sozialdemokraten und Freiwählern, mit Fanatismus betrieben worden, man habe mit dem schwarz-blauen Bloß aufräumen wollen. In Wirklichkeit habe ein solcher indes gar nicht bestanden; es seien mit den Konservativen niemals „Abmachungen“ getroffen worden, nur die gemeinsame Weltanschauung und die Übereinstimmung in wirtschaftlichen Dingen habe die beiden Parteien zusammengebracht. In etwas sei allerdings die Absicht der Gegner erreicht worden: die bisherige Mehrheit des Reichstages sei erschüttert. Es lasse sich überhaupt nicht sagen, wo jetzt die Mehrheit liege, sie hänge von wenigen Stimmen ab, und die Entscheidung ruhe auf des Messers Schärfe. Die Wahlen mit ihrem gewaltigen Aufschwung zur Sozialdemokratie seien ein Beweis dafür, wie politisch unreif doch noch ein großer Teil unseres Volkes sei. Vor der Wahl habe sich die Sozialdemokratie modern und revisionistisch gezeigt, im Reichstage habe sie alsbald wieder ihren revolutionären Charakter entfaltete. Durch ihr eigenes Verhalten hätten sich die Sozialdemokraten als die grimmigsten Gegner der Volksfreiheit erwiesen. Mit auffälliger Schärfe stellt der Redner dann fest, daß sich das Verhältnis zu den Konservativen verschlechtert habe. Es seien Fragen der gemeinsamen Weltanschauung, die beide Parteien feinerzeit zusammengeführt hätten. Es habe sich jetzt aber immer mehr der gewaltige Einfluß gezeigt, den die Gehe in konfessionellen Fragen bei den Konservativen hervorgerufen habe. Die Konservativen hätten es anscheinend direkt darauf abgesehen, das Zentrum zu verlegen. Bei der Debatte über die Zulassung der Ehen zwischen Weißen und Schwarzen hätten sich die Sozialdemokraten christlicher gezeigt als die Konservativen; durch das Verhalten der Konservativen in der Aufhebungspolitik seien konservative Grundzüge gefährdet. Die Nationalliberalen, mit denen in früheren Jahren segensreich zusammengearbeitet wurde, hätten bei den letzten Wahlen eine „Vellommenheit“ gezeigt, durch die das Gesichtsfeld gegenüber den Sozialdemokraten verdunkelt sei. Und dabei habe doch gerade das Zentrum in Duisburg den Nationalliberalen herausgehauen. Das Zentrum sei jederzeit bereit, wieder mit den Nationalliberalen zum Wohle des Staates und der Gesellschaft zusammenzuarbeiten, unter der Voraussetzung, daß erstens die Zentrumsparität bei wichtigen Beschlüssen nicht ausgeschaltet werde, wie es zur Zeit der Blockbildung geschehen sei, und daß zweitens ihre Weltanschauung und ihre religiösen Gefühle unberührt blieben und die Nationalliberalen „unmoderne“ Bestrebungen, wie sie früher in diesen Dingen dort vorgekommen seien, ausschließen. Zu den Finanz- und Steuerfragen bemerkte Herr Marx, der „Steuerhunger“ der Bevölkerung habe dazu geführt, daß nun wahrscheinlich die seit langer Zeit von den liberalen Parteien verlangte Erbschaftsteuer kommen werde. Der Redner ist noch jetzt gegen eine Ausgestaltung, die auch Ehegatten und Kinder heranziehen will. Das bedeutet eine Expropriation und den Anfang vom sozialdemokratischen Zukunftsstaat. — Es seien dann später nur noch die Projekte zu erhöhen. Die einseitige Belastung des unbeweglichen Vermögens, wie sie der Freiwähler, der „größte Feind des Grundbesitzes“, wünsche, sei unhaltbar; nur wenn das bewegliche Vermögen ebenso herangezogen werde, sei die Steuer diskutabel, dann aber verjagten Freiwähler und Sozialdemokraten. Es sei anzunehmen, daß der Vorschlag des Zentrums, eine Besitzsteuer einzuführen, die das bewegliche Vermögen ebenso zu treffen habe wie das unbewegliche, wofür noch seiner Meinung auch die Nationalliberalen zu haben sein werden, mit großer Mehrheit angenommen werden würde.“

Zu diesen Ausführungen bemerkt die „Kölnische Zeitung“: „Die vorstehenden Ausführungen bestätigen, was man allerdings schon seit einiger Zeit weiß, daß der Draht zwischen dem Zentrum und den Konservativen endgültig zerrissen ist. Und sie bestätigen ferner, daß auch die alte Verbindung mit der roten Partei sich bei der heutigen Konstruktion des Zentrums nicht wiederherstellen läßt. Es bleiben also, wenn das Zentrum praktisch mitarbeiten will, nur die Nationalliberalen übrig. Aus diesem Grunde sind die „Bedingungen“, die Herr Marx für ein Zusammengehen mit der nationalen Mittelpartei formuliert, von hohem Interesse. Die Nationalliberalen ihrerseits haben natürlich keinen Anlaß, die Mitarbeit des Zentrums da abzu-

lehnen, wo nationale und liberale Ziele dadurch gefördert werden. Das ist aber auch die Grundbedingung, die sie ihrerseits stellen müssen. Und wir glauben, es genügt, diese Grundbedingung zu nennen, um zu zeigen, daß der Spielraum für ein Zusammengehen nicht gerade allzu groß sein wird.“

* Übersicht.

Die Kolonialreise Dr. Solfs hat in den letzten Tagen Bethanien berührt, wo die Kleinfiedelungen besichtigt wurden. Dann führte sie nach Seetmannskoop, wo die Bevölkerung und die Schutztruppe zum Empfang erschienen waren. Auf die feierliche Grundsteinlegung des Johanniterkrankenhauses folgte abends ein Bankett. Die nächsten Stationen der Rundreise waren Rabus, Gibeon, Kranzplatz, Gochas, die Schäferei Drab, die Farmen Voigtsgrund und Keimuchas. Unterwegs zwischen Rabus und Gibeon begrüßte eine Abordnung von Gottenotten und Verfabos den Staatssekretär. Die Fahrt von Rabus und von dort nach Rehoboth erfolgte im Automobil. In Rehoboth empfingen die weiße Bevölkerung und eine Bastardkompanie den Staatssekretär. Die Weißen und der Bastardrat haben bei dieser Gelegenheit die Bitte gestellt, daß Mißgehen grundsätzlich verboten werden.

Nach dem amtlichen Wahlergebnis bei der Reichstagswahl in Hagenow wurden von 1669 gültigen Stimmen für Sivkovich 9439 und für Pauli 7154 Stimmen abgegeben.

Die Frankfurter Stadtverordneten haben in geheimer Sitzung einstimmig beschlossen, den Oberbürgermeister Voigt aus Darmen an erster Stelle, den Stadtverordnetenvorsteher Justizrat Friedleben an zweiter und dem stellvertretenden Stadtverordnetenvorsteher Kommerzienrat Ladenburg an dritter Stelle dem König für den Oberbürgermeisterposten vorzuschlagen. In derselben Sitzung wurde darauf beschlossen, dem scheidenden Oberbürgermeister Dr. Adikes das Ehrenbürgerrecht zu verleihen.

In Kiel wurde ein Mann unter Spionageverdacht verhaftet, der später als der frühere Techniker Ewald, aus dem Rheinland stammend, festgenommen wurde. Ewald war der Polizei schon seit langer Zeit aufgefallen und beobachtet worden. Angesichts des großen Belastungsmaterials legte der Verhaftete, der sowohl für England wie für Frankreich tätig war, ein umfangreiches Geständnis ab. Außer in Kiel hielt sich der Verhaftete vorher längere Zeit in Wilhelmshaven auf.

Ausland.

Wien, 2. Juli. In Hoffreisen verlautet, daß Kaiser Franz Joseph in der ersten Augustwoche in Istrien einen zweiwöchigen Besuch des Königs Georg von England erhalten werde.

Paris, 2. Juli. Nach einer Note der Agence Havas ist die zum Studium der Frage der Versorgung Frankreichs mit Getreide unter dem Vorsitz des Handelsministers zusammengetretene Kommission zu dem Ergebnis gekommen, daß die Versorgung Frankreichs mit Weizen in ausreichendem Maße bis zur nächsten Ernte gesichert ist.

St. Petersburg, 2. Juli. Der Reichsrat hat in geheimer Sitzung den Gesetzentwurf über die Festsetzung der Kosten für die neu zu erbauenden Kriegsschiffe und für die Instandsetzung der Marinewerften angenommen.

Konstantinopel, 2. Juli. Der „Tanin“ veröffentlicht eine Zuschrift aus Monastir, in der es heißt, durch die Untersuchung sei festgestellt, daß in Monastir ein Geheimkomitee namens „Difzi Batan“, d. h. „Schutz des Vaterlandes“, bestünde, das in der Armee Propaganda getrieben habe. Das Komitee fordere Genugtuung für das den albanesischen Offizieren widerfahrenen Unrecht, den Rücktritt des Kabinetts, Aburteilung des Kabinetts Haffi Pascha, Bildung eines unabhängigen Generalstabes und ein Verbot politischer Betätigung seitens der Offiziere. Den Wählern zufolge will England den Eintritt englischer Offiziere in türkische Dienste als Gendarmeriereform nur unter der Bedingung gestatten, daß die Offiziere eine gewisse Initiative bei der Ausübung ihrer Befugnisse erhalten. Da die Forderung die Bedingung ablehnt, schweben in der Angelegenheit weitere Verhandlungen zwischen ihr und dem Foreign office.

Kairo, 2. Juli. Hier sind drei Nationalisten verhaftet worden, weil sie gegen den Khedive, gegen Lord Kitchener und gegen den Premierminister sich verschworen hätten.

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 3. Juli.

Badischer Landesauschuß für Säuglingsfürsorge.

Am Montag nachmittag fand in Karlsruhe die 1. Landesversammlung des bad. Landesauschusses für Säuglingsfürsorge statt. Der Geschäftsführer der Abteilung VI des Bad. Frauenvereins, Geh. Obermedizinalrat Dr. Hauser eröffnete und leitete die Versammlung und erstattete sodann den Bericht über die Tätigkeit, den Stand und die Verwendung der Mittel. Aus dem Jahresbericht ist besonders die Anstellung einer Wanderlehrerin erwähnenswert, welche die spezielle Aufgabe der persönlichen Propaganda der Säuglingsfürsorge in den Kreisen des Landes durch Errichtung von Mütterberatungsstationen, Veranstaltung von Mütterabenden usw. hat. Aus dem Jahresbericht geht hervor, daß die im ersten Jahr erzielten Erfolge des Landesauschusses für Säuglingsfürsorge als recht zufriedenstellend bezeichnet werden könne. Es folgte das Referat des Bürgermeisters v. Holländer-Mannheim über Berufsvormundschaft und Säuglingsfürsorge. Die Ausführungen gipfelten in einem später einstimmig angenommenen Antrag, die Landesversammlung wolle den

geschäftsführenden Ausschuss beauftragen, dem Justizministerium das Ersuchen zu unterbreiten, dem nächsten Landtag einen Gesetzentwurf über die Berufsvormundschaft vorzulegen. Zu dem gleichen Thema äußerte sich Prof. Dr. Salge-Freiburg, welcher die Einführung der Berufsvormundschaft vom ärztlichen Standpunkt beleuchtete und unterstützte. Nach dem Bericht der Kreiswanderlehrerin, Oberin Wittermann über ihre bisherige Tätigkeit und die Beratung über die Tätigkeit und die Verwendung der Mittel im Berichtsjahr 1912/13 wurde die Versammlung geschlossen.

Personalnachrichten aus dem Ober-Postdirektionsbezirk Karlsruhe. Angenommen: zur Telegraphengehilfin: Magdalena Wittiger in Pforzheim, zum Postagenten: Hotelbesitzer Gustav Zwinger in Freiersbach. Dem Ober-Postsekretär Robert Mosow in Karlsruhe ist der Charakter als Rechnungsrat verliehen worden. — **Ernannt:** zu Ober-Postassistenten die Postassistenten Franz Brühmüller in Bruchsal, Michael Erhardt, Friedrich Hanfer in Heidelberg, Hermann Bauer, Friedrich Klingler, Emil Schäfer, Albert Sonnenberg, Ferdinand Jäger in Mannheim, Johann Birnbreier, Artur Lehmann in Pforzheim, Joseph Münster, Otto Kasper in Karlsruhe; zu Ober-Telegraphenassistenten: die Telegraphenassistenten Oswald Greiser, Otto Hagemann, Otto Moritz in Mannheim, Joseph Schlageter, Paul Stolle in Karlsruhe. — **Etatmäßig angestellt:** die Postassistenten: Richard Kreiner, Viktor Leopold, Friedrich Stammer in Karlsruhe, Peter Rossmann aus Heidelberg in Karlsruhe, Joseph Müller in Mannheim. — **Befördert:** der Postsekretär Erwin Freiberger von St. Wendel nach Karlsruhe; die Ober-Postassistenten: Friedrich Lobbes von Heddinghausen nach Mannheim, Gustav Schidetzang von Kirchberg (Sa.) nach Karlsruhe; die Postassistenten: Ludwig Bauer von Karlsruhe nach Durlach, Otto Köhl von Mannheim-Waldhof nach Bühl, Friedrich Maß von Baden-Baden nach St. Wendel, Joseph Widelbach von Heidelberg nach Mannheim, Adolf Seiter von Buechling nach Karlsruhe; die Telegraphenassistenten: Hermann Danzmann von München-Gladbach nach Karlsruhe, Otto Karnbach von Bielefeld nach Mannheim, Karl Kehler von Mannheim nach Karlsruhe, Franz Humulla von Karlsruhe nach Pforzheim. — **Ausgeschieden (auf Wunsch):** der Postassistent: Theodor Seufert in Karlsruhe; die Telegraphengehilfin Elsa Bauer in Karlsruhe. — **In den Ruhestand tritt:** der Postsekretär Christian Spielmann in Königsbach.

Beamtenversammlung. Am 29. und 30. Juni tagte in Karlsruhe der Landesverband Baden im Verband deutscher mittlerer Beamten aus dem Zivildienst. Nachdem bereits am Samstag eine interne Besprechung des Landesauschusses und der Vereinsvorstände vorausgegangen war, fand am Sonntag die Hauptversammlung statt. Telegraphensekretär Kumm-Heidelberg schilderte die Beweggründe, die zur Gründung des Verbandes geführt haben. Die Tagesordnung betraf in der Hauptsache Punkte organisatorischen Charakters und fand eine glatte Erledigung. Der Jahres- und Kassenbericht ergab ein erfreuliches Bild. Darauf folgten Vorträge, Herr Kumm-Heidelberg sprach über „Zivil- und Militärwärter“, Herr Rüb-Karlsruhe über den „Wert und Bedeutung der Mittelschulbildung“ und Herr G. Mayer-Mannheim über den „Postpersonalreformvorschlag des Zivildienstverbands“. Nachmittags folgte eine gesellige Vereinigung.

Mannheim, 2. Juli. Die Einwohnerzahl Mannheims belief sich Ende Mai d. J. auf 202 239.

Brühl, 2. Juli. Auf dem Luftschiffhangarlande von „Schütte-Lanz“ wurde eine Funkenstation errichtet.

Schwetzingen, 2. Juli. Bei der Gemeinderatswahl entschieden auf die Kompromißliste der Nationalliberalen und des Zentrums auf 6 und 3 Jahre je 3 Gemeinderatsitze, auf die Liste der Freien Bürgervereinigungen je 1 Sitz und auf die Liste der Sozialdemokraten gleichfalls 1 Sitz.

Heidelberg, 1. Juli. Der badische Landgemeindenverband hielt am Samstag unter Vorsitz des Bürgermeisters Hambrecht-Sandhausen seine diesjährige Mitgliederversammlung ab. Der Versammlung wohnten etwa 200 Bürgermeister sowie Vertreter der hiesigen staatlichen und städtischen Behörden an. Nach Erledigung des Rechenschaftsberichts erfolgten verschiedene Mitteilungen über die Verbandstätigkeit, aus welcher die Genehmigung des Status für Feuerversicherung hervorgehoben werden darf. Der Frage der Gründung eines Erholungsheims hat leider nicht den gewünschten Fortgang. Die Tagesordnung war weiter ausgefüllt durch einen Vortrag des Bezirksarztes Dr. Köhl über die Tätigkeit der Ortspolizei nach dem neuen Viehsteuergesetz. Die nächstjährige Tagung findet in Konstanz statt.

Baden, 30. Juni. Der Verein badischer Lehrerinnen hielt am Samstag hier seine 23. Mitgliederversammlung ab. Zur Tagesordnung stand neben den üblichen vereinigungsgeschäftlichen Aufgaben wie Erstattung des Jahresberichts, der Darlegung der Kassenverhältnisse durch die Rechnungsrinnen Fräulein Keller und Baumüller sowie durch den wirtschaftlichen Beirat Oberrevisor Jöhs und der teilweisen Erneuerungswahlen eine Änderung der Satzungen, die durch die Umwandlung des Vereins in einen „eingetragenen“ bedingt sind. Die debattierten Verhandlungen hierüber führte der juristische Beirat des Vereins, Rechtsanwalt J. Kreuzer-Karlsruhe. Mit einem Vortrag von Fräulein Klein-Wertheim über die Arbeitsschule und über die Erfahrungen des 1. Kongresses zu Dresden für Jugendbildung wurde die geschäftliche Tagung nach vierstündigen Verhandlungen beendet.

Lörrach, 1. Juli. Am Sonntag hielt hier der Verein der Bad. Forstschutzbeamten seine diesjährige Generalversammlung ab, zu welcher aus dem ganzen Großherzogtum Vertreter erschienen waren. Nach dem Tätigkeitsbericht besteht der Verein 3. J. 9 Jahre und zählt etwa 1400 Mitglieder. Nach dem Rechenschaftsbericht

weisen die Einnahmen 5502 und die Ausgaben 5432 M. auf. Das Vermögen des Vereins ist auf rund 5000 M. angewachsen. Die Versammlung beschloß sodann die „Bad. Forstzeitung“ wie den Kalender auch weiterhin in unverändertem Zustand herauszugeben.

Von der Reichenau, 2. Juli. Am Samstag und Sonntag fand auf der Insel Reichenau der 31. badische Pioniertag statt, zu welchem auch das Kehler Pionierbataillon eine Abordnung entsandt hatte. In den Großherzog wurde ein Guldigungstelegramm gesandt, auf welches bald eine Antwort des Landesfürsten eintraf. Als nächstjähr. Tagungsort wurde Hornberg i. Schw. bestimmt. Im Jahre 1914 findet der Pioniertag in Heidelberg statt.

Historischer Tageskalender für Karlsruhe.

1806 Feierlicher Einzug des Kurprinzen Karl mit seiner Gemahlin Stephanie, deren Vermählung am 8. April in Paris stattfand.

Aus der Residenz.

Stadtgärtentheater. Eine recht befriedigende Wiedergabe fand am Dienstag Karl Zellens melodienreiche Operette „Der Vogelhändler“. Das musikalisch nicht unbedeutende Werk mit seinem flotten, lebendigen Schwung, einem kleinen Einschlag von Sentimentalität wurde unter der anfeuernden musikalischen Leitung des Kapellmeisters Geller und einer glücklichen Inszenierung des Regisseurs Ander in einer recht sorgfamen Einstudierung herausgebracht und es erfreute sich des sehr lebhaften Beifalls des Publikums. Die ersten Rollen fanden eine einwandfreie Vertretung; man gewann den Eindruck, daß sich das Ensemble bereits gut eingespielt hat. Mit besonderer Anerkennung sind zu nennen die Damen Coni (Frischstriffl), Fiebigler (Kurfürstin Marie) und die Herren Warbed (Adam), Ander (Baron Bachs), sowie Roth und Richter als Prüfungskommissare.

Stadtgärtentheater. Die Vorbereitungen zur „Zigeunerliebe“ machen eine kleine Änderung im Repertoire des Stadtgärtentheaters notwendig. Die Direktion sieht sich daher veranlaßt, die Aufführung der „Lustigen Witwe“ auf die nächste Woche zu verschieben. Dafür geht Donnerstag der „Walzertraum“ nochmals in Szene.

Schwurgericht. Die auf Dienstag vormittag zur Verhandlung angelegte Anklage gegen den Landwirt August Hermann Seeger aus Blantenloch wegen Körperverletzung mit Todesfolge kam nicht zur Verhandlung. Der Fall wurde vertagt. — Unter dem Vorsitz von Landgerichtsrat Vottinger wurde in der Nachmittags Sitzung die Anklage gegen den Gelegenheitsarbeiter Wilhelm Forstbach aus Mülden-Gleibach wegen Sittlichkeitsverbrechen an einem 16 Jahre alten Mädchen aus Sinsheim verhandelt. Das Urteil lautete vierer Anrechnung von drei Monaten Untersuchungshaft auf drei Jahre drei Monate Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Baltischport, 3. Juli. Heute vormittag 10 1/2 Uhr ist das russische Kaiserpaar mit den kaiserlichen Kindern auf der Yacht „Standard“ hier eingetroffen.

Reval, 3. Juli. Der deutsche Völkshafte Graf von Pourtales und der russische Marineminister Grégorowitsch sind hier eingetroffen.

Köln, 2. Juli. Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Tanger vom 2. Juli: Der Pascha von Mogador hat erklärt, er müsse in französischem Antrage die in Mogador liegenden Güter des Raids Geluli beschlagnehmen. Da Geluli für die der deutschen Sache insbesondere anlässlich der Anwesenheit der deutschen Kriegsschiffe in Agadir geleisteten Dienste auf Grund der Madrider Konvention den deutschen Schutz erhalten hat, hat der deutsche Vizekonsul gegen diese Maßregelung Gelulis Einspruch erhoben. Es ist notwendig, gegen derartige Übergriffe scharf für unsere Rechte einzutreten.

Duisburg-Ruhrort, 2. Juli. Die zur Marinewoche nach Düsseldorf bestimmten Hochsektorpedoboote S. 177, S. 178, S. 179 sind von Wesel, wo sie die Nacht im Hafen geangenen, eingetroffen, und im Hafen vor Anker geangenen.

Berlin, 3. Juli. Die Verhandlung gegen die Abgeordneten Borchardt und Leinert wegen der bekannten Vorgänge im Abgeordnetenhaus, zu welcher Termin vor der Strafammer auf den 8. Juli anberaumt war, ist wegen plötzlicher Erkrankung Borchardts aufgeschoben worden und soll nun erst nach den Gerichtsferien und zwar am 23. Oktober stattfinden.

Baltimore, 3. Juli. Der demokratische Konvent hat Wilson zum Präsidentschaftskandidaten nominiert.

Kalimpong, 3. Juli. Aus Tibet wird gemeldet, daß der Abt des Klosters in Tengeling gefreuzigt wurde; vierzehn chinesischfreundliche Tibetener sollen vom Dalai Lama gefordert worden sein. Beide Parteien bemühen sich um die Vermittelung des Dalai Lama.

Verschiedenes.

Schwere Luftschiffkatastrophe in Atlantic City. Atlantic City (New-Jersey), 2. Juli. Das zur Überfahrt über den Atlantischen Ozean bestimmte Luftschiff „Akron“ explodierte in einer Höhe von etwa 800 Metern. Der Ingenieur Bantwan und die ganze Besatzung wurden getötet.

Atlantic City (New-Jersey), 2. Juli. Zu der Explosion des Luftschiffes „Akron“ werden Einzelheiten gemeldet: Um 6 1/2 Uhr, kurz nach dem Aufstieg des Luftschiffes, das vier Mann Besatzung an Bord hatte, ereignete sich die Katastrophe, die wahrscheinlich auf eine Ausdehnung des Gases infolge der Sonnenhitze zurückzuführen ist. Das Luftschiff ging in Flammen auf und die Gondel fiel einen Kilometer vom Ufer entfernt wie ein Stein ins Wasser. Bisher wurde noch keine Leiche aufgefunden. Die Explosion war fürchterlich, die Bal-

lonhülle wurde in Fetzen gerissen. 3000 am Ufer versammelte Personen waren Zeugen der schrecklichen Katastrophe.

Hamburg, 2. Juli. Das Luftschiff „Victoria Luise“ ist heute morgen um 6.50 Uhr zu einer längeren Fahrt nach Mecklenburg-Schwerin aufgestiegen. Es überflog um 8.46 Uhr in ruhiger Fahrt Schwerin in der Richtung auf Wismar.

Büriach, 2. Juli. Seit der heutigen Nacht melden die Hochstationen bis 2200 Meter kräftige Schneefälle. Die Temperatur steht unter Null.

Ottawa, 1. Juli. Von dem abends 5 Uhr über Regina niedergegangenen Wirbelsturm wurde besonders das Bank- und Geschäftsquartier heimgesucht. Eine Anzahl öffentlicher Gebäude und Kirchen sowie ein halbes Dutzend Getreidespeicher wurde vollständig zerstört. Mehrere Gebäude stürzten, der Gewalt des Sturmes nachgebend, quer über die Straßen. Die Zahl der Verwundeten beträgt nach den bisherigen Schätzungen 200, die der Toten 50. Der größte Verlust an Menschenleben ist in der Staatstelephonzentrale zu beklagen, die von dem Sturm zum Einsturz gebracht worden ist. Dort sind bisher 35 Leichen geborgen worden.

Stand der Badischen Bank

am 30. Juni 1912.

Aktiva.	
Metallbestand	5 911 698 M. 66 Pf.
Reichsschatzschneide	8 200 „ —
Noten anderer Banken	3 85 110 „ —
Wechselbestand	17 946 051 „ 04
Lombardforderungen	11 796 655 „ —
Effekten	422 394 „ 76
Sonstige Aktiva	3 730 157 „ 46
40 180 266 M. 92 Pf.	
Passiva.	
Grundkapital	9 000 000 M. — Pf.
Referenzfonds	2 250 000 „ —
Umlaufende Noten	15 797 000 „ —
Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten	12 380 557 „ 77
An eine Kündigungsfrist gebundene Verbindlichkeiten	— „ —
Sonstige Passiva	752 709 „ 15
40 180 266 M. 92 Pf.	

Verbindlichkeiten aus weiter begebenen, im Inlande zahlbaren Wechseln 879 504 M. 20 Pf.

Die Direktion der Badischen Bank.

Familiennachrichten.

Geburten. Ein Knabe: V. August Klingler, Bahnsteigschaffner. — V. Albert Wisel, Werkmeister. — Ein Mädchen: V. Max Wendt, Wächtermeister. — V. Oskar Ehrhardt, Finanzamtmann. — V. Jakob Burthardt, Fabrikarbeiter.

Todesfälle. Ludwig Ernst Beder, Kanzleirat a. D., Ehemann. — Philippine Franz, Ehefrau. — Julius Bauer, Fabrikarbeiter, Ehemann.

Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater in Karlsruhe.

Donnerstag, 4. Juli. Abt. B. 71. Ab. Vorst. „Madame Butterfly“, Tragödie einer Japanerin in 3 Akten, Musik von U. Puccini. Anfang 8 1/2 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

Freitag, 5. Juli. Keine Vorstellung.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydrologie vom 3. Juli 1912.

Der hohe Druck hat sich seit gestern auf den Nordwesten der britischen Inseln zurückgezogen, das ganze übrige Europa bildet noch wie am Vortag ein Gebiet niedrigen Druckes, das flache Minima über dem Kanal, über der Ostsee, über Westrußland und über Oberitalien aufweist. Im größten Teil Deutschlands verursacht diese ungleichmäßige Luftdruckverteilung trübes Wetter mit Gewitterregen, nur im Südwesten hat es, wohl nur vorübergehend, aufgeklimmt. Die Luftdruckverteilung wird sich voraussichtlich auch zunächst noch nicht wesentlich günstiger gestalten; es sind deshalb weitere Gewitterregen bei wenig veränderten Wärmeverhältnissen zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden vom 3. Juli, früh.

Lugano bedeckt 16 Grad, Perpignan Regen 14 Grad, Biarritz Regen 15 Grad, Triest heiter 22 Grad, Florenz wolkenlos 20 Grad, Rom halbbedeckt 19 Grad, Cagliari halbbedeckt 23 Grad, Weinbitt wolkenlos 26 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Juli	Barom. mm	Therm. in C.	Rel. Feucht. in mm	Windrichtung	Wind	Stimm.
2. Nachts 9 ^U	749.4	13.9	10.1	86	SB	bedeckt
3. Morgs. 7 ^U	750.0	12.6	9.1	85	NO	wolkenlos
3. Mittags. 2 ^U	748.6	19.9	9.3	54	„	bedeckt

Höchste Temperatur am 2. Juli: 18.8; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 9.5.

Niederschlagsmenge, gemessen am 3. Juli, 7^U früh: 12.2 mm.

Wasserstand des Rheins am 3. Juli, früh: Schutter in 1 2.91 m, gefallen 3 cm; Rehl 3.60 m, gefallen 4 cm; Mainz 5.28 m, gefallen 5 cm; Mannheim 4.66 m, gestiegen 3 cm.

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur E. Amend in Karlsruhe. Druck und Verlag: W. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Stets Neues

bringt der Anzeigenteil für die Leser der Karlsruher Zeitung. Berufen Sie sich bitte bei Einkäufen auf das Angebot.

